

Rezension: Wahlkampf im Zeichen der Diktatur: die Inszenierung von Wahlen und Abstimmungen im nationalsozialistischen Deutschland

Eckhard, Jesse

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eckhard, J. (2017). Rezension: Wahlkampf im Zeichen der Diktatur: die Inszenierung von Wahlen und Abstimmungen im nationalsozialistischen Deutschland. [Rezension des Buches *Wahlkampf im Zeichen der Diktatur: die Inszenierung von Wahlen und Abstimmungen im nationalsozialistischen Deutschland*, von M. Stepanek]. *Totalitarismus und Demokratie*, 14(2), 337-340. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-69501-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

duziert ist. Ihr Programm kann nur radikal demokratisch, egalitär, feministisch und ökologisch sein.“ Am Rande des Satzes findet sich ein kleiner Vermerk des Rezensenten. Er lautet: „Soso!“

Es ist vollkommen ausgeschlossen, dass derartige Bücher außerhalb des engen Milieus ihrer Herstellung jemals Aufmerksamkeit auf sich ziehen können. Bedauernswert sind nur die Lernenden, die in der universitären „Lehre“ damit konfrontiert werden.

Friedrich Pohlmann, Brombergstr. 8A, 79102 Freiburg.



Marcel Stepanek, Wahlkampf im Zeichen der Diktatur. Die Inszenierung von Wahlen und Abstimmungen im nationalsozialistischen Deutschland, Leipzig 2014 (Leipziger Universitätsverlag), 303 S.

Bekanntlich hatte der Nationalsozialismus vor 1933 das Institut der Wahl verhöhnt. Eine oft zitierte Aussage Joseph Goebbels' aus dem NS-Organ „Der Angriff“ von 1928 lautete: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre Sache.“¹ Das „Dritte Reich“, das mit dem Gesetz vom 14. Juli 1933 den Einparteiensstaat institutionalisierte, schaffte Wahlen zwar nicht ab, entleerte sie aber ihres Sinngehaltes.

Das zuweilen als heikel angesehene Thema Wahlen und Abstimmungen im „Dritten Reich“ stellt eine eigentümliche Forschungslücke dar, wohl nicht zuletzt wegen der schlechten Quellenlage.² Etwa: Sagen Resultate etwas über die Integrationskraft der Nationalsozialisten aus? Wie sind Fälschungen bei Wahlen und Abstimmungen nachzuweisen? Waren sie auch anfangs massiv? Peter Hubert, bezogen auf Wahlen, und Otmar Jung, bezogen auf Abstimmungen, haben sich dieser komplizierten Materie in den 1990er-Jahren angenommen.³ Nun

1 Joseph Goebbels, zitiert nach Uwe Backes, *Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart*, Göttingen 2006, S. 248.

2 Eine der ersten Untersuchungen stammte von Karl Dietrich Bracher, *Plebiszit und Machtergreifung. Eine kritische Analyse der nationalsozialistischen Wahlpolitik (1933–1934)*. In: Max Beloff (Hg.), *On the Track of Tyranny*, London 1960, S. 1–44.

3 Vgl. Peter Hubert, *Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933–1945*, Düsseldorf 1992; Otmar Jung, *Plebiszit und Diktatur: die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten. Die Fälle „Austritt aus dem Völkerbund“ (1933), „Staatsoberhaupt“ (1934) und „Anschluss Österreichs“ (1938)*, Tübingen 1995; ders., *Wahlen und Abstimmungen im Dritten Reich 1933–1938*. In: Eckhard Jesse/Konrad Löw (Hg.), *Wahlen in Deutschland*, Berlin 1998, S. 69–97.

wandelt die in Jena angefertigte geschichtswissenschaftliche Dissertation Marcel Stepaneks auf ihren Spuren. Sie unterzieht alle vier „Urnengänge“ im „Dritten Reich“ einer Analyse (Reichstagswahlen und Volksabstimmungen erfolgten 1933 und 1938 am gleichen Tage) und will insbesondere zwei Fragen beantworten: „Mit welchen Strategien kommunizierte die NSDAP in ihren Wahlkampfprodukten welche Inhalte? Wie versuchte sie das politische System zu legitimieren und die Bevölkerung zu integrieren?“ (S. 9). Damit betritt sie weitgehend Neuland.

Am 12. November 1933 fanden eine Reichstagswahl und eine Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund statt. Die NSDAP erreichte 92,1 Prozent (Wahlbeteiligung: 95,3 Prozent). 95,1 Prozent sprachen sich für den Austritt aus dem Völkerbund aus (Stimmbeteiligung: 95,3 Prozent). Die Volksabstimmung am 19. August 1934, nach dem Tod Paul von Hindenburgs, über die Personalunion von Reichskanzler und Reichspräsident ergab eine Mehrheit von 89,9 Prozent (Stimmbeteiligung: 95,6 Prozent). Bei der Reichstagswahl am 29. März 1936 votierten 98,8 Prozent der Bürger für die Liste der NSDAP (Wahlbeteiligung: 99,0 Prozent). Die Reichstagswahl und die Volksabstimmung über den „Anschluss“ Österreichs zu Deutschland am 10. April brachten das folgende Resultat: Die Zustimmung für die NSDAP und für den „Anschluss“ lag bei 99,1 Prozent (Beteiligung: 99,6 Prozent).⁴ Diesmal konnte der Bürger, anders als 1934, angesichts der folgenden Frage auf dem Stimmzettel nicht mehr zwischen Wahl und Abstimmung differenzieren: „Bist Du mit der am 13. März 1938 vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?“ Offenkundig wollte die NS-Führung ein unterschiedliches Ergebnis vermeiden, sei die Abweichung auch noch so minimal.

Alle vier strukturell gleich angelegten Kapitel umfassen jeweils vier Abschnitte: zum juristischen und historischen Rahmen, zur Wahlkampfkonzeption und -organisation der NSDAP, zur Kategorisierung der NS-Wahlpropaganda, zur diskursiven Analyse der Medien. Bei der Kategorisierung der NS-Wahlpropaganda unterscheidet Stepanek in Anlehnung an Marion G. Müller⁵ nicht ganz trennscharf zwischen Personalisierungsstrategie, edukativer Strategie, ökonomischer Strategie, appellativer Strategie und der Strategie der Autorität. Diese Vorgehensweise ermöglicht einen Vergleich, der allerdings erst in der Schlussbetrachtung erfolgt, und zudem eher knapp gehalten ist. Antisemitismus spielte in der Wahlpropaganda der Antisemiten kaum eine Rolle, ebenso wie vor 1933. Im Gegensatz zu den Wahlen vor 1933 trat die Ideologie des Nationalsozialismus im Wahlkampf stark in den Hintergrund. Das gilt gleichermaßen für Feindbilder. Dem

4 Die Zustimmung für den „Anschluss“ an das Deutsche Reich fiel in Österreich mit 99,7 % sogar leicht höher aus (Stimmbeteiligung: 99,7 Prozent). Angesichts der Wahlfälschungen ist ein Urteil schwierig, ob diese auf eine größere Akzeptanz verweist.

5 Vgl. Marion G. Müller, *Bildstrategien im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 1828–1996*, Berlin 1997.

NS-System ging es darum, möglichst große Teile der Bevölkerung zu integrieren. Eine Kernthese der Studie: Der Ausgang der Volksabstimmung im August 1934 sei für das NS-System im Allgemeinen und für Hitler im Besonderen eine „Schmach“ (S. 273) gewesen. Diese Einschätzung dürfte stark übertrieben sein. Gewiss, die „nationale Aufbruchstimmung“ (S. 79) war weitgehend abgeebbt, aber immerhin stimmte nur jeder zehnte Bürger gegen die Personalunion von Reichskanzler und Reichspräsident. Die Propaganda vor dem Plebiszit fiel wegen der kurzen Zeitspanne nicht so anhaltend aus wie 1933, 1936 und 1938. Eine zentrale Aussage lautet, „dass die Wahlkampagnen, unabhängig vom Zwang, den Wahlfälschungen und den außenpolitischen Bedeutungszuschreibungen, stets das primäre Ziel verfolgten, die deutsche Bevölkerung von der Regierung Hitler und dem Nationalsozialismus nachhaltig und ehrlich zu überzeugen“ (S. 278 f.).

Diesen vier Kapiteln sind neben der Einleitung zwei kurze Kapitel zu Plebisziten im NS-Herrschaftssystem und – wenig instruktiv – zu Trägermedien der NSDAP-Wahlpropaganda (Plakate, Flugblätter, Wahlbroschüren, Klebezettel) vorgelagert und mehrere Exkurse nachgelagert: zum (eher begrenzten) Widerstand während der Wahlkämpfe, zu deren Finanzierung und – besonders anschaulich – zu Wahlen im faschistischen Italien. Dieser aus den Quellen gearbeitete Teil verdeutlicht das krasse Ausmaß der dortigen Manipulation. Faktisch war die geheime Wahl abgeschafft. Auf die faschistische Liste entfielen 1929 98,3 Prozent der Stimmen, 1934 gar 99,8 Prozent. Danach gab es unter Mussolini keine Wahlen mehr. Der Wahlkampf spielte in Italien eine weitaus geringere Rolle als im nationalsozialistischen Deutschland. Adolf Hitlers Weg an die Macht war durch Wahlen bestimmt, anders als der von Benito Mussolinis. Diese Pfadabhängigkeit setzte sich in der Periode der Regimezeit fort. Aber die fundamentale Differenz geht nicht nur darauf zurück: Das NS-System, das totalitär war, wollte sich nach außen um eine demokratische Fassade bemühen⁶ und mit Massenmobilisierung die Bevölkerung für sich einnehmen. Solche eher theoretisch-politikwissenschaftlichen Aspekte kommen in der geschichtswissenschaftlichen Studie nur spärlich zur Sprache. Was stimmt: Die Wahlkampfpropaganda wurde nicht durch das faschistische Italien inspiriert. Eine Paradoxie besteht in dem Sachverhalt, dass sich das faschistische Italien weniger skrupulös verhielt als das „Dritte Reich“, etwa durch die faktische Aushebelung der geheimen Stimmabgabe angesichts gesonderter Wahlurnen für verschiedenartig farblich gestaltete Ja- und Nein-Stimmzettel. Im „Dritten Reich“ zählten ab 1936 nicht angekreuzte Stimmzettel als Ja-Stimmen. Die Bevölkerung erfuhr dies nicht.

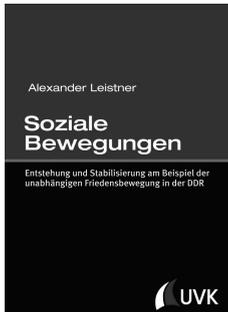
Nach den drei Reichstagswahlen 1933, 1936 und 1938 trat jeweils ein gleichgeschaltetes Parlament zusammen, der „teuerste Gesangsverein der Welt“, so der Berliner Volksmund. Obwohl nur eine Partei antrat, betrieb das diktatorische Regime massive Wahlpropaganda, um die Bürger zu mobilisieren – allerdings

6 So mussten im Bezirk Aichbach in Bayern der Bürgermeister und der Ortsgruppenleiter ihre Ämter niederlegen, „weil sie der Wahlfälschung überführt worden waren“ (S. 84).

nicht für die (wenig beliebte) NSDAP – bereits im November 1933 „wahlkampfstrategisch ein Relikt der Weimarer Republik“ (S. 270) – sondern vor allem für den Gedanken der „Volksgemeinschaft“, wie er in bekannten Parolen („Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ – „Ein Volk! Ein Reich! Ein Führer!“) Ausdruck fand. Die drei Volksabstimmungen fanden erst nach Vollzug des jeweiligen Ereignisses bzw. Vorganges statt. Die Bürger konnten über solche Fragen abstimmen, die selbst Nichtanhängern des NS-Systems ein „Ja“ erlaubten.

In der klar gegliederten und strukturierten Studie wird der Wahlkampf mit seinen Kampagnen und der Einordnung der verschiedenen Strategien (die Personalisierungsstrategie dominierte zumeist) gut herausgearbeitet, wobei eine Bebilderung mit Plakaten leider fehlt. Hier schließt der Autor eine Forschungslücke, während die Analyse des Ausgangs der jeweiligen Wahl und Abstimmung nur am Rande vorkommt. Eine weitaus intensivere Auswertung wäre sinnvoll gewesen, insbesondere für die „Urnengänge“ 1933 und 1934, als sich Fälschungen in Grenzen hielten. Fazit: Die historische Wahlkampfforschung wird ebenso bereichert wie die Propagandaforschung.

Eckhard Jesse, TU Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.



Alexander Leistner, Soziale Bewegungen. Entstehung und Stabilisierung am Beispiel der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR, Konstanz/München 2016 (UVK Verlagsgesellschaft), 412 S.

Die Literatur zu Opposition und Widerstand in der kommunistischen deutschen Diktatur ist gerade in den letzten Jahren so umfangreich und umfassend geworden, dass selbst Spezialisten sie kaum noch übersehen können. Dabei spielt auch eine Rolle, dass bibliografische Übersichten von vielen Forschern regelmäßig übersehen werden. In diesen Diskurs bringt Alexander Leistner eine neue Komponente ein, wenn er sich aus der Sicht des Soziologen in einer hochelaborierten Sprache der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR zuwendet. Dies ist grundlegend zu begrüßen, wenn auch einige wichtige bereits zu dieser Thematik veröffentlichte Arbeiten unberücksichtigt bleiben.

Der von Leistner gewählte Ansatz einer biografietheoretischen Bewegungsforschung bringt in ihrer spezifischen soziologischen Ausformung neue Einsichten, wenn er zeigt, wie Bindungen an ein friedensbewegtes Engagement entstehen und dass prägende „Schlüsselfiguren“ einer Bewegung, wie der des friedensbewegten Engagements in der DDR, Forum und Stabilität geben können. Um den inneren Zusammenhang dieser Bewegung zu begreifen, wäre es wünschenswert gewesen, wenn die interviewten Vertreter des unabhängigen ostdeutschen